

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 2.76 M. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 8.00 M., für 1 Monat 2.20 M. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 10600.

Inseratenpreise:
Die 7spaltige Feilzeile 1.25 M. — Die 7spaltige Feilzeile mit Vorkurschrift 1.50 M. — Die 7spaltige Feilzeile Familienanzeigen 1.10 M. — Die 7spaltige Feilzeile 5.— M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ein finnischer Liebnecht!

Berlin, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung der R. A.) Einem Telegramm unseres Stocholmer Parteiblattes Politiken aus Helsinki zufolge, macht die finnische Regierung die Mitteilung, daß der kürzlich verhaftete sozialdemokratische Führer E. R. Auninen bei einem Fluchtversuch ergriffen worden sei. Das Telegramm nennt Auninen einen finnischen Liebnecht, an dessen Fluchtversuch man nicht glauben werde.

Auninen war einer der hervorragendsten Führer der finnischen Arbeiterbewegung. Er war Mitbegründer der finnischen kommunistischen Partei und der dritten Internationale. — Die Methoden der Gegenrevolution sind überall gleich unmenslich.

Kommunistenverfolgung.

Berlin, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung der R. A.) In Hannover wurden sämtliche Teilnehmer einer Reichskonferenz der Kommunistischen Allgemeinen Arbeiterunion, insgesamt 67, verhaftet. Nachdem die Personalien der Teilnehmer festgestellt worden waren, wurden die meisten wieder entlassen, zwei jedoch in Haft behalten.

Wie die Hamburger kommunistische Arbeiterzeitung meldet, sind zwei der „Räufelührer“, Rühle und Dreyer, in Ketten abgeführt worden!

Auch Reventlow heßt zum Richterstreik.

Berlin, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung der R. A.) In der Deutschen Tageszeitung sucht Graf Reventlow die deutschen Richter gegen die Beurteilung der Kriegsschuldigen zu einem Streik aufzuwachen, weil, so die Entente, „unter deutscher Zustimmung der Regierung als unzuverlässig, als moralisch minderwertig unter ausländisches Kuratel“ stellen wolle.

Graf Reventlow kommt diesmal mit seiner Rede hinter seinen alldeutschen Presskollegen von der Kreuzzeitung und dem Reichsboten, die wir weiter unten zitieren — er hat am Mittwoch keinen Raum dafür gehabt wegen der Berichte und Artikel über den Tag des Bundes der Landwirte.

Das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher.

Frankfurt a. M., 19. Februar. (Zll.) Wie der Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung erfährt, wird der Oberrechtsanwalt Welgeris heute aus Leipzig in Berlin einreisen, um mit dem Reichsjustizminister Schiffer über das vor dem Reichsgericht schwebende Verfahren wegen der Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen sich auszusprechen und die Dinge klarzustellen, die zur Klärung notwendig sein dürften.

Zum Todeslag Eisners.

München, 19. Februar. (Zll.) In Kreisen der Münchner Betriebsräte wird dafür Stimmung gemacht, den 21. Februar, den Todestag Eisners, durch Kräfte zu feiern. Das Arbeitgeberblatt erklärt hierzu, daß jetzt keine Zeit zu berartigen Feiern sei, sondern daß jetzt alle Kräfte angewendet werden müssen, um durch erhöhte Produktion das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Feiern hätten einen Vohnabzug zu bewirken.

Aus der Haft entlassen.

Nordmehlfhausen, 18. Febr. Die im Hochverratsprozeß Noern zu je fünf Jahren Festung verurteilten Spartakisten Weiland und Schneider sind aus der Festung Wilhelmshaven entlassen.

Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland.

Zll. Wien, 19. Februar. Die beiden aus London kommenden Vertreter der russischen Korporativ-Gesellschaft, Boudnost und Berkenheim, hatten in Kopenhagen eine erste Konferenz mit Litwinoff. Die Verhandlungen gingen ohne Schwierigkeiten vor sich und betrafen die Organisation des russischen Einlaufs von Eisenbahnmateriale und landwirtschaftlichen Maschinen, die sofort nach Rußland eingeführt werden sollen. Litwinoff erklärte, daß Rußland beschloßen habe, diese Waren zu kaufen, ohne die vollständige Ausarbeitung des Handelsabkommens mit England abzuwarten, und die Waren durch Holzhandlung zu beziehen. Daß die Verhandlungen über die Wiederaufnahme des russischen Handels in Kopenhagen vor sich gehen sollen, ist für Dänemark nicht ohne Bedeutung. Wie bekannt, befinden sich in Kopenhagener Freihäfen für mehrere hundert Millionen Kronen Waren, besonders Manufakturwaren. Es ergibt sich hierdurch für Dänemark eine bedeutende Chance zur Verbesserung seiner ökonomischen Situation.

Die Türken in Kleinasien.

Saag, 18. Febr. Nieuwe Courant zufolge sind in London Meldungen eingetroffen, wonach die türkischen Streitkräfte Remas in der Gegend von Zeitum die Armenier angegriffen haben und jetzt gegen Bagdad vordringen. Bis jetzt seien 7000 Tote und Verwundete zu verzeichnen.

Abtretung Thrakiens an Griechenland.

Zll. Bern, 19. Febr. Die Genfer Blätter melden, beabsichtigt die Türkei Thrakien an Griechenland abzutreten unter der Bedingung, daß Smyrna bei der Türkei verbleibt. Venizelos soll im Prinzip mit diesem Vorschlag einverstanden sein.

Unter dem Fallbeil.

Nach einer Pause von viereinhalb Wochen kann die Leipziger Volkszeitung endlich wieder erscheinen. Aber der Ausnahmezustand besteht fort und das Fallbeil des Verbots hängt ständig über der Presse der unabhängigen Sozialdemokratie.

Daß die gegenwärtigen Machthaber nicht abgeneigt sind, dieses Fallbeil des öfteren und in schneller Wiederholung gegen dasselbe Blatt anzuwenden, das zeigt die Rede, die der sächsische Ministerpräsident gestern in der Volkstammer gehalten hat, zeigen vor allem aber auch die in den letzten Tagen wieder ausgesprochenen Zeitungsverbote sowohl in Sachen wie in dem weiteren Machtbereich des Generals Maerder und darüber hinaus. Mehrere Blätter sind bereits, nachdem sie nach längerer Unterdrückung einige Tage wieder herausgelassen waren, aufs neue und für lange Frist verboten worden, so die Reichliche Tribüne in Gera bis Ende Februar und die Erfurter Tribüne, die gleich wegen ihres ersten Artikels zu dem eben überstandenen Verbot auf vier Wochen unterbrückt wurde. Daneben gehen Verbote bislang verschont geblieben her, wie des Anhalters Organs unserer Partei, kurz, das Fallbeil ist in ständiger Tätigkeit. Es ist schwer, einen Ueberblick über die verschiedenen Verbote zu bewahren. Die Liste ist ständiger Veränderungen unterworfen. Die Begründung ist in allen Fällen ungefähr dieselbe: Kritik an der Regierungspolitik in einer Form, die die Verhältnisse der Bevölkerung aufleitet und die Gefahr von Gewalttätigkeiten herbeiführen könnte.

Den Wortlaut des Verbots, das über die Leipziger Volkszeitung ausgesprochen wurde, haben wir noch am Tage unserer Einstellung den Lesern mitteilen können. Damals war uns ein Kommentar zu den Gründen verwehrt. Heute wollen wir bemerken, daß der Artikel in Nr. 283 vom 18. Dezember 1919, „Aufreizung zum Klassenhaß“, auf den sich das Verbot als Beispiel dafür beruft, daß die Leipziger Volkszeitung seit geraumer Zeit „unter bewusster Entstellung der Wahrheit Veröffentlichungen gebracht“ hat, die nach Form und Inhalt geeignet und bestimmt waren, verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander aufzureizen, die Achtung vor den Gelehen und Anordnungen des Staats zu untergraben und zum Ungehorsam hiergegen aufzufordern, eine Besprechung des Schreckensurteils ist, das die Strafkammer in Halle über den Genossen Kilian fällt. Er kritisiert das Verfahren vor dem Halleschen Gericht in scharfer Weise unter Hervorhebung der gravierenden Tatsachen. Das Beispiel dünkt uns schlecht gewählt für das, was Herr Maerder beweisen will. Aber unsere Meinung ist eben kein Argument gegen das Befinden desjenigen, der die Gewalt hat.

General Maerder hat sie. Er hat die Leipziger Volkszeitung auf mehr als Monatsfrist am Erscheinen verhindert. Das müssen wir hinnehmen, wie die Dinge heute liegen. Aber deswegen brauchen wir uns nicht stillschweigend die schimpfliche Beschuldigung gefallen zu lassen, die in dem Verbot gegen uns erhoben wird durch die Behauptung, daß wir „unter bewusster Entstellung der Wahrheit“ Veröffentlichungen gebracht hätten. Jedenfalls Beweis für diese schwere Verdächtigung tritt der Militärbefehlshaber des Wehrkreises IV nicht an und kann er auch niemals erbringen. Wir stellen das lebhaft fest, um überwollenden Gegnern, deren wir uns eine Menge erzeuen, die Möglichkeit zu der bequemeren Verdächtigung zu nehmen, daß wir durch Stillschweigen diese Beschuldigung als richtig anerkannt hätten. Sonst hätten wir vor der Öffentlichkeit, die uns kennt, kein Bedürfnis, uns gegen eine solche haltlose Beschuldigung zu rechtfertigen.

Die Sätze der Begründung, die von der Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung gegeneinander usw. handeln, haben uns an Zeiten erinnert, da das wilhelminische System noch fest auf seinen tönernen Füßen stand. Damals passierte es nicht selten, daß ein sozialdemokratischer Redakteur wegen Vergehens gegen den Rautschulparagrafen 130 des Strafgesetzbuchs, der von der Aufreizung zum Klassenhaß handelt, vor den Richter gebracht wurde — ein Verbrechen, das oft mit der Verhängung längerer Gefängnisstrafen endete, das aber der jetzigen Preßbehandlung doch immerhin deswegen vorzuziehen war, weil es wenigstens einig, wenn auch nicht gerade überwältigende Rechtsgarantien enthielt. Damals war die gesamte Sozialdemokratie vom äußersten linken Flügel bis zum letzten, „rechtsten“ Revisionisten einzig in der entschloßenen Belämpfung dieses Rautschulparagrafen, der eifrigen Staatsanwälten und ordnungstreuen Richtern das Mittel lieferte, jeder unbequemen Kritik an Staatsanrichtungen und Regierungshandlungen den Strick zu drehen. Und heute ist dieser § 130 zum Nothelfer für die Preßverbote einer Regierung avanciert, in der zu zwei Dritteln Rechtssozialisten sitzen, ehemalige Kämpfer für die Ausmerzung des § 130! Ob Herr Dr. Gradnauer, der eine Zeitslang sich gerade mit der Reform des Strafprozesses und des Strafrechts befaßt, nicht etwas selbstsam erschienen ist, als er das Jewel der politisch-

reaktionären Preßsprechung vergangener Zeit in der Begründung aufblitzen sah, die Juristen des Wehrkreiskommandos IV für das Verbot der Leipziger Volkszeitung zurechtjucht gemacht hatten?

Die Frage kann freilich vermissen erscheinen angesichts der Rede, in der Herr Gradnauer gestern in der Sächsischen Volkstammer die wohltätige Wirkung der Zeitungsverbote konstatiert hat und seine und der Regierung besondere Zufriedenheit mit den Leistungen des Generals Maerder ausgesprochen hat. Diese interessante Verhandlung wird an anderer Stelle unserer Nummer eingehender gewürdigt. Hier wollen wir nur eines anmerken. Es ist bezeichnend für die Unmöglichkeit, Unterdrückungsmaßnahmen, wie den Belagerungszustand und besonders die Preßverbote, mit nur halbwegs stichhaltigen Gründen zu verteidigen, daß auch die Herren Rechtssozialisten, die einst nicht genug über Selbstlosigkeit und Blindheit der Puttkamerer höhnen konnten, nichts andres vermögen, als Puttkamerischen Gedankengängen nachzuwandeln, wenn sie vor diese Aufgabe gestellt sind. Herr Dr. Gradnauer hat sich freilich krampfhaft bemüht, einen besonderen Grund für die Ausnahmebehandlung der unabhängigen Sozialdemokratie zu finden und klammert sich an unsere Forderung der Diktatur des Proletariats. Wie er sich dabei mit seinem angeblichen Meister Karl Marx abfinden will, der ja an einigen Stellen seiner Werke diese fürchterliche Diktatur des Proletariats als notwendige Uebergangszustand zur sozialistischen Gesellschaft bezeichnet hat, müssen wir ihm überlassen.

Aber selbst wenn die Diktatur des Proletariats etwas so Verabscheuungswürdiges ist, wie sie es nach der Darstellung des Herrn Ministerpräsidenten angeblich sein sollte, wozu in aller Welt käme deshalb die Berechtigung einer logen. demokratischen Regierung, die Partei, die sich dazu bekennet, unter Ausnahmerecht zu stellen? Diese Begründung der Gradnauerschen Rede zeigt deutlich, daß es sich um den Kampf gegen eine politische Meinung handelt. Denn daß die Forderung nach der Diktatur des Proletariats das Ein-schlagen einer Taktik des Puttsches und der Gewalt bedingte, so daß sich die Unterdrückung unserer Partei nicht gegen die gesetzliche Vertretung ihrer Anschauung, sondern gegen eine angebliche Gewaltpolitik richtete, ist denn doch eine zu kindliche Deduktion, als daß sie vor urteilsfähigen Menschen auch nur einen Augenblick standhalten könnte.

Herrn Gradnauers Rede zeigt denn auch in seiner starken Betonung des angeblichen Sündenfalles, den unsere Partei durch die Proklamierung der Diktatur des Proletariats begangen habe, daß die Unterdrückungspraxis der angeblich demokratischen Regierung von denselben Gedanken diktiert ist, wie seinerzeit die Puttkamerische Polizeipraxis zur Zeit des Sozialistengesetzes: eine unbequeme, gefährliche Opposition, die Vertretung unbequemer politischer Meinungen und Forderungen wird mit polizeilichen Mitteln zu hindern gesucht.

So ist denn auch all den Zeitungsverboten, die auf die Unabhängige Sozialdemokratie in diesen Wochen herabgeprasselt sind, nirgendwo eine Gewalttat, nirgends ein Puttschversuch vorausgegangen. Ueber den vergeblichen Versuch, die Schiefererei vor dem Reichstag zu dem Unternehmen einer Sprengung des Parlaments und des Sturzes der Regierung zu verzerren, brauchen wir hier nicht weiter mehr zu reden. Aber selbst wenn jenes Ereignis ein Puttschversuch gewesen wäre, was es niemals war — im Reich, in Sachsen, in Leipzig war nicht die geringste Unruhe vorgekommen, die auch nur einen halbwegs plausiblen Grund für einen Belagerungszustand oder ein Preßverbot hätte abgeben können.

Viereinhalb Wochen schwere Zeit liegen hinter uns. Wir haben in den Tagen der wichtigsten politischen Ereignisse nicht zu der Partei sprechen können — unsere Leser haben mehr als einen Monat das Blatt entbehren müssen, das sie als Sprecher ihrer Sache, als Vorkämpfer ihrer Interessen, als Führer in den Wirbeln der Ereignisse schätzen. Heute können wir wieder unsere Arbeit aufnehmen. Fast hätten wir geschrieben: „Wir sind wieder frei!“ Aber das wäre eine Unwahrheit gewesen. Wir sind nicht frei. Wir können nur dafür arbeiten, daß wir es werden. Und an dieser Arbeit sollen und müssen die Proletarier des Leipziger Bezirkes ihr Teil mitliefern. Zunächst, indem sie mit Kräften dahin wirken, daß die Position, die wir einen Monat lang ausgehen mußten, wieder voll besetzt werden kann, daß keiner in der Schar der Leser fehle, von denen wir am 17. Januar Abschied nehmen mußten. Stetig stärkere Verbreitung unseres Kampfblattes zu schaffen, das ist eines der Mittel, die uns die Freiheit der Preß wiederbringen werden. Jetzt sind wir, wir wiederholen es, gefesselt, unfrei. Aber wir bleiben auch unter diesen erschwerenden Umständen die alten! Wir werden auch unter dem Fallbeil des Verbots unsere Pflicht tun. Die Arbeiterschaft des Leipziger